

2. *FALLSTUDIE: DEUTSCHLAND WASSER*

Vorbemerkung

Alles in allem ist die Datenlage im Bereich Wasserwirtschaft für die BRD sehr schlecht. Zur Vertiefung des vorhandenen Materials wurde daher mit einem Vertreter von ver.di ein Interview geführt (am 20.05.2003).

2.1. *Hintergrundinformationen zur Wasserwirtschaft in Deutschland*

Nach Auskunft von ver.di gibt es in Deutschland rund 6.700 Wasserversorgungseinheiten, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden. Schätzungsweise 800-1.000 Wasserbeschaffungsverbände sind öffentlich-rechtlich organisiert, darüber hinaus gibt es einige große Fernversorger wie die Bodensee-Wasserversorgung und die Landeswasserversorgung Baden-Württemberg mit noch überwiegend kommunalen Gesellschaftern. Die Gelsenwasser AG ist die älteste und größte private Gesellschaft. Bis vor wenigen Jahren noch von kommunalen Anteilseignern dominiert, ist sie heute zu rund 80 Prozent im Besitz der E.ON. Die E.ON soll ihren Gelsenwasser-Anteil im Zuge der Ruhrgas-Übernahme bis 2004 abgeben. Durch die anhaltenden Konzentrationsprozesse ist eine weitere Reduktion der Unternehmen zu erwarten – laut Auskunft von ver.di gehen manche Zählungen nur noch von 6.100 Unternehmen aus (siehe auch EEB 2002).

Die Verteilung der Unternehmen ist regional sehr unterschiedlich. Nach ver.di gibt es allein in Bayern 2.500, in Baden Württemberg über 1.000 Betriebe. Die kleinen Unternehmen konzentrieren sich auf den Süden, da es dort sehr gutes Wasser gebe und daher relativ wenig Aufwand notwendig sei, eine adäquate Versorgung sicher zu stellen. Es handle sich dabei meist um kleine Gemeindebetriebe, wo ‚vom Bürgermeister der Schieber noch gedreht‘ wird. Nach den Statistiken des Bundesverbandes Gas und Wasser haben etwa 1.500 Unternehmen eine größere Bedeutung, da sie etwa 70% der Wasserversorgung übernehmen.

Im Abwasserbereich gibt es ebenfalls über 6.000 Unternehmen.

Die nach Einschätzung ver.di's einzige nennenswerte rein private Wasser- und Abwassergesellschaft ist die Eurawasser GmbH, die nach Ausscheiden der Thyssen Handelsunion jetzt allein der Suez Lyonnaise gehört. Die größte Teilprivatisierung erstreckte sich auf die Berliner Wasserbetriebe nebst zahlreichen Tochtergesellschaften. Für 49,9 Prozent der Anteile wurden 2000 von RWE, Vivendi und Allianz rund 3,2 Mrd. DM gezahlt. Am Multi-Utility-Konzern RWE halten übrigens die Kommunen noch 36 Prozent der Aktien.

In Deutschland wurde 1996 das Gesetz zur Wettbewerbsbeschränkung novelliert, womit auch die geschlossenen Versorgungsgebiete für Gas und Energie aufgehoben wurden. Dies sollte auch für Wasser geschehen, wurde aber vom deutschen Bundestrag

abgelehnt. 1999 und 2003 hat es, so die Auskunft von ver.di, weitere Diskussionen gegeben. Zur Zeit sehe es aber nicht so aus, dass die geschlossenen Versorgungsgebiete (schon) aufgehoben würden. Der Gebietsschutz bleibt bestehen, so ver.di, wenn nicht GATS oder die jüngsten Liberalisierungsabsichten von Kommissar Bolkestein sich auf Deutschland niederschlagen.⁴³

Unabhängig davon gibt es erste Privatisierungen im Wasser- und Abwasserbereich über Betreibermodelle. Städte wandeln ihre Wasserbetriebe in private Rechtsformen um, damit sie „am Markt“ flexibler agieren. Bei Betreibermodellen schreibt die Gemeinde die Wasserversorgung aus, worauf sich, so ver.di, meist ein Konsortium – sehr oft mit französischer Beteiligung (Vivendi z.B. in Sachsen-Anhalt und Berlin, Suez Lyonnaise eher in Ostdeutschland ...) – bewerbe.

Durch die Privatisierungsdiskussion hat sich, so ver.di, in den Unternehmen einiges verschoben, was aber von der jeweiligen Unternehmensgröße und der spezifischen Beherrschungssituation durch die öffentliche Hand abhängt. Bei den relevanten größeren Unternehmen gibt es eine immer stärkere Kundenorientierung, mit entsprechender Orientierung am Markt und die Einführung von Benchmarking etwa im Abwasserbereich, was durchaus zu Verbesserung geführt habe. Benchmarking wird als Wettbewerb zwischen den öffentlichen Unternehmen verstanden. Es gibt aber auch weiterhin, gerade bei den Beschäftigten, so etwas wie einen Ethos des öffentlichen Dienstes. Aber auch in dieser Frage sind Wandlungsprozesse, wie z.B. bei Hansewasser Bremen – einem privaten Abwasserbetreiber -, bei dem lange Kämpfe um die Privatisierung geführt wurden, festzustellen. Dort identifizieren sich die Beschäftigten nun auch mit dem Unternehmen. Daher ist es besser von einem ‚Wasserwerke-Ethos‘ zu sprechen.

Alles in allem lägen nach Auskunft von ver.di die Schwerpunkte der Veränderungen bislang in der Umwandlung der Organisationsformen, weg vom Regiebetrieb hin über den Eigenbetrieb zur GmbH und zur Aktiengesellschaft sowie zur Bildung von Anstalten öffentlichen Rechts. Von letzteren gibt es zwei große (Berlin, Hamburg – für den Bereich Abwasser). Ziel ist also Autonomie und juristische Selbstständigkeit und die Schaffung großer schlagkräftiger Einheiten für den internationalen Markt. Ver.di zweifelt an der Sinnhaftigkeit dieser Strategie, da es dafür auch fähige kleinere Unternehmen geben kann.

2.2. *Auswirkungen der bisherigen Liberalisierungen und Privatisierungen auf die ArbeitnehmerInnen in der Wasserwirtschaft in Deutschland*

Die vorliegenden Daten zur Wasserwirtschaft sind sehr unterschiedlich, was an Problemen der Zuordnung dieses Sektors liegt (Vesper 1998). Ver.di geht davon aus, dass in der Wasserwirtschaft (zu der etwa Wasserversorgung, Abwasserwirtschaft etc. gehören) etwa 110.000 Personen beschäftigt sind, davon etwa 70.000 im gewerblichen Bereich

⁴³ vgl. insbesondere die EU Binnenmarktstrategie 2003-2006, KOM (2003) 238 endg.